Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 7. bis 19. Januar 1914)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Reichsspiegel

(Vom 7. bis 19. Januar 1914)

Die innere Krise

Unter den historisch-literarischen Ergebnissen, die anläßlich des Regierungsjubiläums unseres Kaisers zutage gefördert wurden, findet sich eine Feststellung Wilhelm von Massows, die, soweit ich sehe, keine rechte Beachtung gefunden hat, obwohl sie zusammen mit anderen an dieser Stelle schon berührten Erscheinungen zweifellos geeignet erscheint, ein klärendes Licht auf unsere innerpolitischen Verhältnisse zu werfen. „Man irrt schwerlich weit von der Wahrheit ab, wenn man annimmt, daß Kaiser Wilhelm der Zweite bald nach seiner Thronbesteigung von dem starken Eindruck ergriffen wurde, daß wir mit starken Schritten in ein Epigonenzeitalter hineingingen," heißt es in Massows bedeutendem Werke „Die deutsche innere Politik unter Kaiser Wilhelm dem Zweiten", und weiter: „. . . es ist . . . durchaus verständlich, wie ein junger, hochgemuter Herrscher, der unter seinen Vorfahren so viele bedeutende und große Persönlichkeiten zählt, sich gegen nichts so kraftvoll wehrte, als gegen die Möglichkeit, der Führer eines Epigonenzeitalters zu werden" (S. 28).

Als Wilhelm der Zweite den Thron seiner Väter bestieg, fand er einen Reichskanzler vor, der universal alle Zweige der Politik beherrschte und persönlich beeinflußte und leitete.

Durch diese Tatsache wurde aber dem jungen Kaiser auch rein persönlich von vornherein die Rolle eines Epigonen aufgezwängt, für die er seinem ganzen Charakter nach durchaus nicht paßte. Aus dieser Stellung als Epigone herauszukommen, war daher das instinktive und natürliche Streben des jungen Monarchen. In seinem Kampf um die Selbständigkeit, der, durch unverantwortliche Kräfte zersplittert, so überaus traurige Nebenerscheinungen zeitigte, stellte sich sehr bald die weitere Tatsache heraus, daß das geradezu autokratische Regiment, das der große Bismarck auf Grund seiner außerordentlichen persönlichen Erfahrung hatte führen können, es verhindert hatte, Politiker und Staats-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

männer heranreifen zu lassen, die nun ihrerseits dem neuen Kaiser als hervorragende Kenner der Einzelfächer und erprobte Berater hätten zur Seite treten können. Bismarck hatte in der Tat keinen staatspolitisch durchgebildeten Nachwuchs von einiger Bedeutung aufkommen lassen. Eine Schule hat er nicht gezeitigt. Die glückliche wirtschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes hat daneben eine große Zahl der tüchtigsten Kräfte aus dem Staatsdienst, das ist aus Diplomatie und Verwaltung, hinübergelockt in die Stellungen bei Industrie und Handel, wo sie für ihre Fähigkeiten nicht nur ein weites Betätigungsfeld schon in jungen Jahren, sondern auch eine so glänzende Entlohnung finden, wie sie weder der Staat Preußen noch das Reich zu bieten vermögen. So kamen die Verhältnisse dem instinktiven Streben des Kaisers entgegen und zwangen ihn, vielleicht mehr als er es selbst wollte, sein persönliches Ermessen und seine persönliche Anschauung in die Wagschale zu werfen und seine Minister zu ausführenden Organen eines persönlichen Willens zu machen, ohne sich dabei unbedingt auf seine Ratgeber zu verlassen.

Wenn die früher empfundenen Mängel an geeignetem Beamtenmaterial beseitigt worden wären und dem Kaiser und König eine Garde von überragenden Persönlichkeiten zur Verfügung stände, um damit jederzeit die leitenden Posten besetzen zu können, bedürfte es der Erinnerung an diese Kehrseite der Wirksamkeit Bismarcks nicht. Aber auch in den abgelaufenen fünfundzwanzig Jahren hat sich eine Beamtenschule, wie wir sie brauchen, nicht entwickelt und es ist nicht gelungen, durch den Beamtenkörper hindurch Persönlichkeiten in der notwendigen Zahl in die Höhe zu bringen, die eine Garantie dafür bieten könnten, das Reich durch die Fährnisse zu leiten, in die es dank der Entwicklung tausendfältiger neuer, gesunder und ungesunder, staatfördernder und staatgefährdender Kräfte gekommen ist. Ich gebe hier, angeregt durch Massows Ausführungen, einem Gedanken Ausdruck, der in der Luft liegt und der, genährt aus verschiedenen Quellen, schon auf die verschiedenste Weise an die Öffentlichkeit gelangt ist; er findet Ausdruck in der unruhigen Agitation der Alldeutschen, in dem dreisten Fordern der Sozialdemokratie, in dem ungewöhnlichen Vorgehen der konservativen Preußen im Herrenhause. Es ist ein Gedanke, der ebenso in der bedeutsamen Schrift von Borussicus über die Mißstände der Personalverhältnisse in der preußischen Verwaltung*) nach Ausdruck ringt, wie in dem Ruf des Grafen Stolberg nach Rückkehr zu Steinschen Idealen**), wie schließlich in dem Rufe nach Stärkung des parlamentarischen Einflusses. Von welcher Seite wir auch unsere innerpolitischen Zustände betrachten wollen, überall tritt uns das erwachende Bewußtsein entgegen, daß das Volk, daß die Nation sich selbst aufraffen müsse,

*) Borussicus, Eine Schicksalsstunde des preußischen Staates, Betrachtungen der Neuordnung der preußischen Verwaltung. Verlag der Grenzboten G. m. b. H. Berlin SW. 11. Preis 4 Mark, geb. 5 Mark. (Erscheint in den nächsten Tagen.)

**) Albrecht Graf zu Stolberg-Wernigerode, Eine Reform des preußischen Wahlrechts. Verlag der Grenzboten G. m. b. H. Berlin SW. 11. Preis 1 Mark.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

um den heimischen Zuständen eine Wendung zu geben, die zum Heile des Ganzen erforderlich ist. Es gibt heute kaum einen denkenden Menschen in Deutschland, dem nicht das Wort auf der Zunge läge: „So darf es nicht weitergehen!"

Während der abgelaufenen vierzehn Tage hat die allgemeine Mißstimmung über die augenscheinliche Schwäche der Regierungsgewalt einen eigentümlichen Ausdruck im preußischen Herrenhause gefunden. Die konservative Partei, die bekanntlich nicht müde wird, gegen die Möglichkeit der Einwanderung des Parlamentarismus in unser politisches Leben zu predigen, hat unter Führung des Grafen Yorck von Wartenburg dem preußischen Ministerpräsidenten auf dem Wege durch das Parlament — also mit parlamentarischen Mitteln — ihr Mißfallen zum Ausdruck gebracht, wie — wenn auch in anderer Form — im Dezember v. J. es der Reichstag getan hat. Was ist das anderes, als ein Versuch dem Parlamentarismus Eingang zu verschaffen? Denn ob die Parteiherrschaft von links oder rechts ausgeübt werden soll, ist doch für das Wesen des Parlamentarismus unerheblich! Gewiß, man geht noch nicht soweit, dem Herrn von Bethmann durch Obstruktion die Gesetzgebungsarbeit unmöglich zu machen, zieht also formell auch nicht die parlamentarischen Konsequenzen. Aber man fordert doch ziemlich unverblümt vom Könige, diesen der Partei unbequemen Mann durch einen anderen zu ersetzen und bedient sich des Parlaments als Ausdrucksmittel für die Forderung.

Nun ist es bei uns noch nicht üblich, daß der Monarch mit wendender Post dem Drängen der Parteien Rechnung trägt, und so darf auch ziemlich alles, was in den letzten Tagen von einem Kanzlerwechsel geschrieben und gesprochen wurde, zunächst ins Reich der Fabel gewiesen werden. Damit ist freilich nicht gesagt, daß Herr von Bethmann unabsetzbar ist. In der Führung der Zaberner Angelegenheit hat er, aller seiner Vorsicht zum Trotz, eine unglückliche Hand gehabt und sich dadurch mächtige Gegner gemacht und, was noch schlimmer, Vertrauen in einflußreichen Kreisen eingebüßt. Bleibt er also noch längere Zeit im Amt, so werden diejenigen Kreise, die in den heutigen Zuständen eine Gefahr für das Reich erkennen, auf den Weg der Selbsthilfe gedrängt — Dr. Rösicke hat solches bereits auf der gestrigen Tagung des Preußenbundes ausgesprochen — und wir gleiten schneller und schneller in die Bahn des Parlamentarismus, trotz Delbrücks und Bethmanns Verwahrungen dagegen.

Bei einer allgemeinen, tief in den Verhältnissen begründeten Mißstimmung, die schon seit Jahren im Volke nagt, bedarf es gewöhnlich nur eines unbedeutenden äußeren Anstoßes, um die allgemeine Unzufriedenheit zu explosivem Ausbruch zu bringen. Diesmal ist es der an sich herzlich belanglose Fall Forstner gewesen, der sich zu dem hochpolitischen Prozeß gegen den Obersten von Reuter ausgewachsen hat: ein Jena nicht nur der Reichslandenpolitik! Ein Memento und als solches die läuternde Flamme, deren die Nation bedurfte. Mit großer Genugtuung können wir feststellen, wie wenig die Nation infiziert ist von dem

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

selbstmörderischen Internationalismus, der sich dem Augenschein nach in Presse und Parlament so außerordentlich breit gemacht hat. Das kraftvolle Auftreten eines seiner Verantwortung voll bewußten Mannes, wie es Oberst von Reuter ist, hat genügt, um ein millionenfaches Echo zu wecken: „Gott sei Dank, es gibt also doch noch Männer in verantwortlichen Stellungen!" Wenn bisher dem Obersten von Reuter gegen sechzigtausend zustimmende Zuschriften geworden sind, so kommt das einer Kundgebung gleich, aus der wir schließen können, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes ganz instinktiv auf die Seite des Obersten getreten ist, der doch formell die bürgerlichen Freiheiten antastete. Aus dem gesunden Empfinden heraus, daß hier ein Mann steht, auf den man sich in jeder schwierigen Situation wird verlassen können, ist diese Stellungnahme möglich! Und nicht nur deshalb: sondern in dem erhebenden Bewußtsein, daß neben dem Wirken des Intellekts, der nur zu leicht ein dem gesunden Menschenverstande unverständliches Recht konstruiert, in der Armee, in diesem Extrakt der Volkskraft, noch Überzeugungstreue und Mannesmut frisch gesunden und sich entwickeln können. Für unsere in Paragraphen geschnürte Zeit eine Entdeckung, die politisch nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Es gibt also doch noch eine Fülle moralischer Kräfte, die die Monarchie, der Staat, die Regierung nur zu nutzen brauchen, um selbst nach innen und außen stark dazustehen. Wir haben wie durch ein Plebiszit einen Maßstab für unsere Kraft gewonnen, besser und sicherer, als wie er in der Bewilligung des Wehrbeitrages durch den Reichstag gegeben war.

Kehren wir nun zu der eingangs gemachten Feststellung zurück, so ergibt sich, daß es nur der Appell an die gesunden Instinkte der Nation sein kann und sein muß, der die Regierung auch in Zukunft befähigen könnte, ihren Apparat wieder auf die Höhe zu bringen, die der Tüchtigkeit des Volks entspräche. Gerade die Feststellungen und das Auftreten der Konservativen im preußischen Landtage sprechen für meine Auffassung, daß die Regierung, also auch die Monarchie, nur dadurch Kräftigung erfahren kann, daß sie sich immer erneut aus den Reichtümern und Kräften des Volkes ergänzt und Kräfte saugt. Gewiß: die Geschichte Preußens weist den König in erster Linie auf seine Beamtenschaft und nicht auf die Parlamente hin. Steht aber daneben nicht die Geschichte der Befreiungskriege und der Reichsgründung? Gewiß: eine gesunde Beamtenpolitik — das ist eine solche, die nur den Tüchtigen befähigt, auf den führenden Platz zu gelangen —, wird den Einfluß egoistischer, schädlicher Personen in Presse und Parlament in diejenigen Schranken zurückdrängen, die notwendig sind, um einen sicheren Gang des Regierungsapparates zu gewährleisten und die Bevölkerung mit Vertrauen in die Unabhängigkeit der Regierung zu erfüllen. Wie aber, wenn in der Personalpolitik des führenden Bundesstaates die guten Traditionen der Beamtenschaft schon ganz erheblich erschüttert erscheinen, wenn sich dieser Domäne königlicher Macht, wie Borussicus meint, Parteieinflüsse zu bemächtigen beginnen!? Wie, wenn sich die Beamtenschule nicht mehr fähig erweist, Staatsmänner heranzu-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bilden, obwohl auf ihr nicht die Schwere eines Dämons wie Bismarck lastet?! Dann bleibt uns Patrioten nur übrig, auf jenes gewaltige Kraftreservoir hinzuweisen, aus dem schon vor hundert Jahren der Freiherr von Stein die Elemente hervorgezogen hat, die die Hohenzollernmonarchie und den preußischen Staat vor dem völligen Zusammenbruche erretteten und sie befähigten, zum Eckpfeiler eines neuen deutschen Reiches zu werden. Es ist keine Reklamephrase für den Büchermarkt, wenn Borussicus seine Schrift über die preußische Verwaltung eine „Schicksalsstunde des preußischen Staates" nennt. Gibt es noch eine Gelegenheit für den preußischen Staat, die in seiner Tradition schlummernden Kräfte für die Gesamtheit nutzbar zu machen, so liegt diese in den Arbeiten der Immediatkommission zur Reform der preußischen Verwaltung. Scheitert auch diese Hoffnung, so bleibt eben nichts anderes übrig, als sich jener anderen Institutionen zu bedienen, durch die die Kräfte der Nationen in den Dienst des Staatsganzen gestellt werden, der Parlamente. Wir dürfen den Parlamentarismus bei uns in Deutschland nicht auf die Basis stellen wollen, auf der er in Frankreich beruht. Die Nachklänge der Zaberner Angelegenheit zeigen zu deutlich, wie die Nation denkt. Wir müssen in ihm ein Leitungsrohr erkennen, das dem Regierungsapparat moralische und geistige Kräfte zubringt. Bei den Auffassungen, wie sie durch die Zabernaffäre im Lande bekannt geworden sind, gibt es keine ernsthaften Gegensätze zwischen Monarchie und Volk; es gibt nur Meinungsverschiedenheiten über die Mittel, mit denen die preußisch-deutschen Monarchien gestärkt werden könnten. Die besten Männer sollten an der Spitze derjenigen Institute stehen, die uns das Größte verkörpern, was wir im irdischen Leben besitzen, an der Spitze des Staates und seiner Organe. Ist das System unserer Behördenorganisation zur Gewinnung und Heranbildung dieser besonders Tüchtigen aus irgendwelchen Gründen, die nicht beseitigt werden können, nicht imstande, dann wird die Ausbildung durch etwas anderes, eben durch die Parlamente, durch den Parlamentarismus geschehen.

G. Cleinow